



Institut für Angewandte Politische Ökonomie

Kritik zur Regierungs-Industrie-Strategie 2035

Reinhard Fellner



**Warum die Industriestrategie 2035 nicht ausreicht –
trotz Substanz**



Executive Memo

Ausgangslage

1. Keine Einbettung in eine Gesamtstrategie Österreichs

Industriepolitik wird isoliert behandelt. Es fehlt eine übergeordnete nationale Gesamtstrategie, die Wirtschaft, Bildung, Migration, Energie, Sicherheit und Budgetpolitik verbindlich zusammenführt. Zielkonflikte werden nicht priorisiert, sondern parallel verwaltet.

2. Resilienz und Autarkie nur rhetorisch

Resilienz wird häufig erwähnt, aber nicht operationalisiert. Es fehlen klare Definitionen, Mindestziele oder strategische Sektoren mit Autarkieanspruch.

3. Unzureichende Verarbeitung globaler Machtverschiebungen

Die Strategie unterschätzt Risiken durch USA, Russland und China. Szenarien, Notfallpfade und Reaktionsmechanismen fehlen.

4. Industriestrompreis: kurzfristig wirksam, langfristig falsch

Subventionierter Strom ersetzt strukturelle Reformen und belastet langfristig das Budget.

5. Bildungssystem und Migration bleiben ausgeklammert

Qualitätsverluste im Bildungssystem werden nicht adressiert. Fachkräftesicherung wird zur Importstrategie.

6. Bürokratieabbau ohne Entfesselung

Es fehlen konkrete Deregulierungen, Streichlisten und Haftungsregeln für Verwaltung.

Gesamturteil

Die Strategie ist analytisch solide, politisch vorsichtig und strategisch unvollständig.



Strategische Einordnung und kritische Verdichtung

Ausgangslage

Die Industriestrategie Österreich 2035 formuliert ambitionierte Ziele, benennt reale Standortprobleme und enthält zahlreiche Maßnahmen. Dennoch bleibt sie hinter den Anforderungen einer geopolitisch fragmentierten, fiskalisch angespannten und sicherheitspolitisch instabilen Welt zurück. Das zentrale Defizit ist nicht fehlender Wille, sondern fehlende strategische Integration.

1. Keine Einbettung in eine Gesamtstrategie Österreichs

Industriepolitik wird isoliert behandelt. Es fehlt eine übergeordnete nationale Gesamtstrategie, die Wirtschaft, Bildung, Migration, Energie, Sicherheit und Budgetpolitik verbindlich zusammenführt. Zielkonflikte werden nicht priorisiert, sondern parallel verwaltet. Damit bleibt offen, welche Politikfelder im Zweifel zugunsten der industriellen Wettbewerbsfähigkeit nachrangig behandelt werden müssen.

Risiko: Industriepolitik ohne Gesamtstaatlichkeit verliert Durchsetzungskraft.

2. Resilienz und Autarkie nur rhetorisch

Resilienz wird häufig erwähnt, aber nicht operationalisiert. Es fehlen klare Definitionen, Mindestziele oder strategische Sektoren mit Autarkieanspruch (Energie, Halbleiter, Grundstoffe). Die Strategie bleibt reaktiv und verlässt sich auf Marktanpassung und europäische Koordination.

Risiko: Österreich ist auf systemische Schocks nicht vorbereitet.

3. Unzureichende Verarbeitung globaler Machtverschiebungen

Die Strategie unterschätzt die Tragweite globaler Risiken:

- USA: Protektionismus, Zölle, industriepolitische Eigeninteressen
- Russland: dauerhafter Verlust günstiger Energie
- China: Taiwan-Risiko und Halbleiterabhängigkeit

Es fehlen Szenarien, Notfallpfade und industriepolitische Reaktionsmechanismen für abrupte Brüche.

Risiko: Lineares Denken in einer nicht-linearen Welt.



4. Industriestrompreis: kurzfristig wirksam, langfristig falsch

Ein subventionierter Industriestrompreis verbessert kurzfristig die Wettbewerbsfähigkeit, wird jedoch aus Steuermitteln finanziert. Damit ersetzt Subvention strukturelle Reformen wie Angebotsausweitung, Netzinfrastruktur, Marktintegration und Preissignalkorrekturen.

Risiko: Fiskalische Dauerbelastung ohne nachhaltige Lösung.

5. Bildungssystem und Migration bleiben ausgeklammert

Die Strategie adressiert Fachkräfte erst am Ende der Kette. Sie vermeidet eine Auseinandersetzung mit Qualitätsverlusten im Bildungssystem, sprachlichen Defiziten, migrationsbedingten Zusatzkosten und sinkender Ausbildungsreife. Ohne solides Bildungsfundament wird Fachkräftesicherung zur Importstrategie.

Risiko: Langfristige Erosion der industriellen Basis.

6. Bürokratieabbau ohne Entfesselung

Bürokratieabbau wird angekündigt, aber nicht konsequent umgesetzt. Es fehlen konkrete Streichlisten, Haftungsregeln für Verwaltung, Kompetenzrückverlagerungen und echte Deregulierung. Prozesse sollen effizienter werden, der Staat aber nicht schlanker.

Risiko: Verwaltung optimiert sich selbst, nicht den Standort.

Gesamturteil

Die Industriestrategie 2035 ist kein bloßes PR-Dokument, aber auch keine echte strategische Neuausrichtung. Sie ist analytisch solide, politisch vorsichtig und strategisch unvollständig. In einer Welt geopolitischer Brüche, fiskalischer Knappheit und systemischer Risiken reicht das nicht aus.

Kernaussage:

Substanz ist vorhanden – aber ohne strategischen Mut, Priorisierung und Gesamtstaatlichkeit bleibt Wirkung begrenzt.



Institut für Angewandte Politische Ökonomie

Empfehlung:

Erarbeitung einer integrierten Gesamtstrategie Österreichs mit klaren Prioritäten, geopolitischer Szenarien Logik, Bildungsreform als Fundament, marktbasierter Energiepolitik und echtem Bürokratieabbau.